

Stand: 05.02.2026 23:25:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4892

"Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4892 vom 12.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6077 des WI vom 13.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6794 vom 21.05.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 51 vom 21.05.2025



Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)**

Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass im Rahmen des European Critical Raw Materials Act (ECRMA) Local-Content-Bedingungen für Seltene Erden aus heimischem Abbau oder Recycling eingeführt werden, um den Zugang zu staatlichen Fördermitteln zu regeln.
- sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) und der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) einzusetzen, da diese Regelungen die Versorgung Bayerns mit Seltenen Erden gefährden und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen schwächen.
- auf Basis der BayernLB einen öffentlich-privaten „Bayerischen Rohstofffonds“ mit einem Eigenkapital von 200 Mio. Euro zu gründen. Ziel ist die Stärkung der diversifizierten Versorgung mit Seltenen Erden durch Investitionen in Abbau- und Aufbereitungsprojekte in den wichtigsten Lieferländern sowie die Förderung von Projekten in Bayern, die sich auf den Abbau, die Aufbereitung und das Recycling von Seltenen Erden konzentrieren. Diese Förderung soll auch als Kofinanzierung mit dem Rohstofffonds der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erfolgen.
- mit führenden Produzentenländern außerhalb Chinas Rohstoffpartnerschaften abzuschließen, um die Versorgung mit Seltenen Erden zu sichern, insbesondere mit den USA, Australien, Kanada, Schweden, Brasilien, Indien, Malaysia, Russland, Südafrika, Tansania, Thailand, Vietnam, Grönland und Burma.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, den Betrieb und die Inbetriebnahme von Lagerhallen zur Erhöhung der Lagerbestände von Seltenen Erden zu fördern, u. a. durch

- Senkung des Grunderwerbssteuersatzes für die entsprechenden Grundstücke auf 0 Prozent,
- Erstattung der entgangenen Steuereinnahmen für Kommunen bei Reduzierung der Körperschafts- und Grundsteuer auf 0 Prozent,
- Verkürzung der Genehmigungsverfahren für SEE-Lagerhallen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert,

- sich auf Bundesebene für eine Befreiung der Raffination von Seltenen Erden aus Erzen sowie deren Wiederaufbereitung im Rahmen der Kreislaufwirtschaft von der CO₂-Abgabe auf Erdgas und von Vorgaben der „grünen Transformation“, wie dem Zwangsumstieg auf Wasserstoff, einzusetzen, um die Kosten für die Raffination und die Wiedergewinnung von Seltenen Erden zu senken.

- im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Genehmigungsverfahren für Abbau-, Raffinations- und Wiederaufbereitungsprojekte von Seltenen Erden zu verkürzen. Für Verarbeitungsprojekte, einschließlich Recycling, ist eine maximale Dauer von 15 Monaten anzustreben, während Gewinnungsprojekte, insbesondere im Bergbau, innerhalb von 27 Monaten genehmigt werden sollen.
- sich auf Bundes- und EU-Ebene für die entsprechende Verkürzung der Genehmigungsverfahren einzusetzen, soweit diese nicht in der Kompetenz des Freistaates liegen.
- die Fördergelder für Forschungsprojekte im Bereich des SEE-Recyclings zu erhöhen, insbesondere zur Effizienzsteigerung und Kostenreduktion im Recyclingprozess, einschließlich innovativer Ansätze wie dem „Biomining“.

Begründung:

Seltenerdelemente (SEE) wie Neodym, Dysprosium, Terbium, Lanthan, Yttrium, Cer, Praseodym, Scandium, Gadolinium und Europium sind essenziell für Bayerns Schlüsselbranchen. Sie finden Anwendung in der Automobilindustrie (z. B. Elektromotoren, Katalysatoren), der Elektronik (Displays, LEDs, Magnete), den erneuerbaren Energien (Windkraft, Batterien), der Medizintechnik (MRT, Laser), der Luftfahrt (Leichtmetalllegierungen, Triebwerke) und der Optik (Kameras, Gläser) (Die bayerische Wirtschaft e. V. (vbw), 2024).

Bundesweit sind 1,3 Mio. Beschäftigte (17 Prozent der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe) in der Herstellung von seltenerdhaltigen Produkten tätig. Diese generieren eine Wertschöpfung von 161 Mrd. Euro (22 Prozent) und einen Produktionswert von 501 Mrd. Euro (21 Prozent) (IW Consult, 2024). Dies verdeutlicht die hohe Abhängigkeit des verarbeitenden Gewerbes von Seltenen Erden.

Im Jahr 2023 importierte Deutschland insgesamt knapp 6 000 Tonnen Seltene Erden (Destatis, 2024). Der Bedarf der bayerischen Industrie an SEE beläuft sich auf etwa 200 t pro Jahr, die vollständig durch Einfuhren gedeckt werden (Bayerisches Landesamt für Umwelt (LfU) Bayern, 2020).

Die hochtechnologische und innovative bayerische Industrie ist zunehmend auf eine zuverlässige und kostengünstige Versorgung mit Seltenen Erden angewiesen. Besonders die bayerische Automobilindustrie ist betroffen, da rund 65 Prozent ihrer Wertschöpfung von der Verfügbarkeit dieser Elemente abhängen (IW Consult, 2024).

Gleichzeitig besteht ein erhebliches Versorgungsrisiko für die bayerische Wirtschaft. Insbesondere Neodym, Yttrium und Scandium werden als Elemente der roten Risikogruppe eingestuft (vbw, 2024). Dies liegt vor allem daran, dass Bayern zu 95 Prozent von SEE-Importen aus China abhängig ist (Schriftliche Anfrage (SAN) AfD, 2024). Im Jahr 2023 entfielen 91,3 Prozent der weltweiten Raffinadeproduktion von Seltenen Erden auf China (IW Consult 2023).

Mögliche Lieferengpässe oder gar -stopps könnten sowohl durch binnenchinesische Ereignisse – wie „pandemiebedingte“ Hafenschließungen im Jahr 2020 oder energiebedingte Produktionsdrosselungen, etwa bei Aluminium im Jahr 2021 – als auch durch die politische Instrumentalisierung des Außenhandels durch die Kommunistische Partei Chinas (KPK) ausgelöst werden. Ein Beispiel hierfür sind die bereits 2010 verhängten chinesischen Ausfuhrkontrollen für SEE (IW Consult 2023, IW Consult, 2024).

Die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Angebotsschocks bei Seltenerdelementen wären verheerend für die heimische Industrie und könnten zu einem Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von rund 4 Prozent führen – ein Ausmaß, das vergleichbar mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Einschränkungen in den Jahren 2020/2021 wäre.

Daher soll die Staatsregierung eine Strategie entwickeln, um die kostengünstige und sichere Versorgung der bayerischen Industrie mit Seltenen Erden sicherzustellen. Diese Strategie sollte neben weiteren wichtigen Maßnahmen auf drei zentralen Säulen basieren:

1. Sicherung und Diversifizierung der SEE-Importe aus dem Ausland
2. Förderung des Abbaus von Seltenerdelementen aus heimischen Vorkommen in Bayern
3. Ausbau von Recyclingkapazitäten für Seltenerdelemente in Bayern

Der European Critical Raw Materials Act (ECRMA), der im Frühjahr 2024 in Kraft tritt, verfolgt drei zentrale Ziele: die Sicherung und Resilienz der Importe, die Förderung der inländischen Primärrohstoffgewinnung und die Stärkung der Sekundärrohstoffwirtschaft (Europäische Kommission, 2024). Obwohl supranationale Initiativen der EU generell kritisch zu betrachten sind, enthält der ECRMA einige sinnvolle Ansätze. So legt er Richtwerte für die inländischen Kapazitäten entlang der Lieferkette strategischer Rohstoffe für 2030 fest: 10 Prozent des jährlichen Förderbedarfs der EU, 40 Prozent für die Verarbeitung und 25 Prozent für Recycling. Außerdem sollte die EU nicht mehr als 65 Prozent ihres jährlichen Bedarfs an einem strategischen Rohstoff in jedem relevanten Verarbeitungsstadium aus einem einzigen Nicht-EU-Land beziehen. Die folgenden Maßnahmenvorschläge orientieren sich an den Zielen des ECRMA.

Die Staatsregierung sollte sich dafür einsetzen, dass im Rahmen des European Critical Raw Materials Act (ECRMA) auch Local-Content-Bedingungen für Seltene Erden aus heimischem Abbau oder Recycling eingeführt werden, um den Zugang zu staatlichen Fördermitteln zu regeln. Ein ähnlicher Ansatz existiert bereits in den USA im Rahmen des Inflation Reduction Act (IRA) und ist daher auch auf EU-Ebene handelspolitisch gerechtfertigt (vbw, 2024).

Sicherung und Diversifizierung der SEE-Importe aus dem Ausland

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) und der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) einzusetzen, da diese Regelungen die Versorgung Bayerns mit Seltenen Erden gefährden. Sie sind praktisch undurchführbar, erhöhen Bürokratie und Kosten, schwächen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen und begünstigen Konkurrenten aus Ländern wie China (Institut für Weltwirtschaft (IfW) Kiel, 2021).

Die Staatsregierung sollte auf Basis der BayernLB einen öffentlich-privaten „Bayerischen Rohstofffonds“ mit einem Eigenkapital von 200 Mio. Euro gründen, an dem sich interessierte Unternehmen der bayerischen Industrie beteiligen können, um die diversifizierte Versorgung mit Seltenen Erden zu stärken. Ziel ist es, durch Investitionen und den Kauf von Anteilen an Abbau- und Aufbereitungsprojekten in den wichtigsten Lieferländern die Versorgungssicherheit der bayerischen Industrie zu gewährleisten. Dazu sollte die Staatsregierung Rohstoffpartnerschaften mit führenden Produzentenländern außerhalb Chinas abschließen, wie den USA, Australien, Kanada, Schweden, Brasilien, Indien, Malaysia, Russland, Südafrika, Tansania, Thailand, Vietnam, Grönland (Dänemark) und Burma (USGS, 2024).

Zur Erhöhung der Lagerbestände von Seltenen Erden sollte der Freistaat den Betrieb und die Inbetriebnahme dafür vorgesehener Lagerhallen gezielt fördern. Dies könnte durch folgende Maßnahmen erfolgen:

- Senkung des Grunderwerbssteuersatzes für die entsprechenden Grundstücke auf 0 Prozent
- Erstattung aus dem Staatshaushalt für entgangene Steuereinnahmen der Kommunen, wenn diese die Körperschaftssteuer und die Grundsteuer für die betreffenden Grundstücke und Lagerhallen auf 0 Prozent reduzieren
- Verkürzung der Genehmigungsverfahren für SEE-Lagerhallen

Angesichts der industriellen Kritikalität sollten diese Maßnahmen für alle Verarbeitungsstufen von Seltenen Erden gelten – vom Rohstoff (z. B. Oxide und Legierungen) bis hin zu nahezu fertigen Zwischenprodukten wie Mikrochips und Supermagneten.

Förderung des Abbaus von Seltenerdelementen aus heimischen Vorkommen in Bayern

Hochentwickelte Industrienationen wie die USA, China oder Schweden widerlegen die Auffassung, dass fortschrittliche Länder ausschließlich auf den Import von Rohstoffen angewiesen sein sollten. Sie demonstrieren, wie der Abbau heimischer Mineralien und fossiler Energieträger gezielt zur Stärkung der eigenen Industrie beitragen kann. Auch in Deutschland sollten politische Entscheidungsträger diese Strategie stärker anerkennen und fördern.

Laut Untersuchungen des Landesamts für Umwelt (LfU) verfügt Bayern über eigene Reserven an Seltenen Erdmetallen, die sich auf Lagerstätten in Süd- und Nordbayern verteilen. In Südbayern könnten jährlich theoretisch 82 t leichte und 12 t schwere SEE-Oxide als Beiproduct gewonnen werden, während in Nordbayern 362 t leichte und 40 t schwere SEE-Oxide möglich wären. Insgesamt beläuft sich das Potenzial auf 444 t leichte und 62 t schwere SEE-Oxide pro Jahr. Allerdings ist eine wirtschaftliche Gewinnung derzeit schwierig, da die niedrige Konzentration im Abbaumaterial dazu führt, dass die Kosten für Abbau, Aufbereitung, Raffination, Abtrennung und Verarbeitung die Marktpreise der jeweiligen Seltenen Erden übersteigen (LfU Bayern, 2024).

Der Bayerische Rohstofffonds, basierend auf der BayernLB, soll gezielt günstige Garantien, Darlehen sowie Eigenkapital- und Quasi-Eigenkapital für Projekte im Bereich Bergbau und der Weiterverarbeitung von Seltenen Erden in Bayern anbieten. Das Fonds volumen sollte primär der Kofinanzierung mit dem seit Oktober 2024 bestehenden Rohstofffonds der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) dienen, welcher wiederum für die Jahre 2024 bis 2028 Mittel in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro bereitstellt (KfW, 2024). Zusätzlich sollen mögliche Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der IPCEI-Projekte (Important Projects of Common European Interest) geprüft werden.

Um die Raffination von Seltenerdelementen kostengünstiger zu gestalten, soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine Befreiung der SEE-Raffination von der CO₂-Abgabe auf Erdgas sowie von Vorgaben der „grünen Transformation“ einsetzen, etwa durch Vermeidung von finanziellen Nachteilen durch die EU-Nachhaltigkeitstaxonomie und der Nötigung zur Umstellung auf teuren Wasserstoff.

Die Genehmigungsverfahren in Europa dauern im internationalen Vergleich oft deutlich zu lange. Während die Vorlaufzeit bei Bergbauprojekten hier meist zwischen 10 und 15 Jahren liegt, sind diese in den USA mit 7 bis 10 Jahren und in Kanada sowie Australien mit durchschnittlich 2 bis 3 Jahren erheblich kürzer (KfW Research, 2023). Um die Umsetzung von Projekten für den Abbau und die Raffination Seltener Erden in Bayern zu beschleunigen, sollte der Freistaat daher eine deutliche Verkürzung der Genehmigungsverfahren anstreben. Für Verarbeitungsprojekte wird eine maximale Dauer von 15 Monaten angestrebt, während Gewinnungsprojekte, insbesondere im Bergbau, innerhalb von 27 Monaten genehmigt werden sollen (vbw, 2024).

Ausbau von Recyclingkapazitäten für Seltenerdelemente in Bayern

Die End-of-Life-Recycling-Input-Quote für Seltene Erden in Bayern liegt derzeit bei lediglich 3 bis 8 Prozent (LfU Bayern, 2020). Dabei variiert der Anteil je nach Element erheblich: Während Yttrium eine Recyclingquote von etwa 30 Prozent erreicht, liegt der Anteil für Neodymium nur bei rund 1 Prozent (IW Consult 2023).

Dabei hat das sogenannte Urban Mining ein hohes Potenzial für Wiederaufbereitung und Rückgewinnung von Seltenen Erden aus gebrauchten Elektronikgeräten und anderen Altmaterialien. Allein bundesweit in ungenutzten „Schubladenhandys“ – 44,1 t Neobdym (Nd) im Wert von 7 Mio. Euro (Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, 2023). Forscher schätzen bis 2040 Verdopplung von Neobdym-haltigem Magnetmaterial in Deutschland auf 600 000 t (öko Institut, 2022). Allein der Materialwert der Metalle im anthropogenen Lager Deutschlands wird auf 650 Mrd. Euro geschätzt (Umweltbundesamt, 2017).

Um die Kreislaufwirtschaft für Seltene Erden in Bayern voranzutreiben, ist es entscheidend, bayerische Recyclingunternehmen zu fördern, die innovative Lösungen zur Rückgewinnung von Seltenen Erden aus Altmaterialien entwickeln (Umweltbundesamt, 2021). Der Bayerische Rohstofffonds sollte daher auch die Kofinanzierung von Recyclingprojekten im Bereich der Seltenen Erden ermöglichen.

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Kostensenkung des SEE-Recyclings besteht darin, die politischen Rahmenbedingungen zu verbessern. Wie bei der SEE-Raffination sollte sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Recycling von Selteneren Erden von der CO₂-Abgabe auf Erdgas sowie von sämtlichen Vorgaben der „grünen Transformation“, wie beispielsweise dem Zwangsumstieg auf Wasserstoff, befreit wird.

Um die Umsetzung von Kreislaufprojekten für Seltene Erden in Bayern zu vereinfachen, sollte der Freistaat eine deutliche Verkürzung der Genehmigungsverfahren für entsprechende Recyclingstandorte auf maximal 15 Monate anstreben (vbw, 2024).

Der Freistaat sollte die Fördergelder für Forschungsprojekte im Bereich des SEE-Recyclings erhöhen, insbesondere zur Effizienzsteigerung und Kostenreduktion im Recyclingprozess. Ein innovativer Ansatz ist das „Biomining“, bei dem Bakterien eingesetzt werden, um Seltene Erden aus Abfällen zu gewinnen (Technische Universität München (TUM), 2023). In Forschungsverbünden wie ForCYCLE können Verfahren zur Kreislaufführung von Selteneren Erden entwickelt werden. Auch die Fraunhofer-Einrichtung IWKS trägt mit Projekten wie „ReSi-Norm“ zur Entwicklung neuer Recycling-Technologien bei.

Die notwendigen Steuersenkungen und Fördermaßnahmen können durch Einsparungen in den Haushalten von Bund und Freistaat gedeckt werden. Die AfD-Fraktionen schlagen Einsparungspotenziale von 100 bis 135 Mrd. Euro pro Jahr auf Bundesebene und 3,5 Mrd. Euro pro Jahr auf Landesebene vor, insbesondere bei Energiewende, Klimaschutz, Asyl und Entwicklungshilfe.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Drs. 19/4892

Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**
Mitberichterstatter: **Dr. Stefan Ebner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmungsliste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmungsliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich sämtliche Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags und Wahl einer Schriftführerin oder eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher jetzt über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Haushalt

Der nächste langfristige Haushalt der EU
(Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR)

- Leistung des EU-Haushalts
- Verwendung von EU-Mitteln zusammen mit Mitgliedstaaten und Regionen
- EU-Mittel für das auswärtige Handeln
- EU-Mittel für Katastrophenschutz, Vorsorge und Reaktion auf Krisen
- EU-Mittel für Wettbewerbsfähigkeit
- EU-Förderung für den Binnenmarkt, und Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden
- EU-Mittel für grenzüberschreitende, allgemeine und berufliche Bildung und Solidarität, junge Menschen, Medien, Kultur und Kreativwirtschaft, Werte und die Zivilgesellschaft

12.02.2025 - 07.05.2025

Drs. 19/5480, 19/6235

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6235 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU

**FREIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



ENTH

ENTH

2. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Weg zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen
COM(2025) 46 final; Ratsdok. 6184/25
BR-Drs.78/25
Drs. 19/5838, 19/6236

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt die auf Drs. 19/6236 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



[ENTH]

[ENTH]

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Keine Abwälzung von Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen!
Drs. 19/4674, 19/6160 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bayern ist Honigland: Europäisches Referenzlabor im Freistaat ermöglichen
Drs. 19/4731, 19/6058 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU

FREIE
WÄHLER

AfD

GRÜ

SPD



[A]



5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ergebnisse des Normenkontrollrates veröffentlichen!
Drs. 19/4753, 19/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aktionsplan QUEER: alle Ministerien in die Pflicht nehmen – keine Kürzungen bei laufenden Projekten!
Drs. 19/4805, 19/6062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Nachrechnen ermöglichen – mehr Transparenz bei der Grundsteuerreform
Drs. 19/4815, 19/6161 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Oskar Atzinger, Ramona Storm und Fraktion (AfD) Bericht über Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Vergleichsstudie ICILS 2023
Drs. 19/4887, 19/6071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft:
Zukunftssicherung mit günstigen Seltenern Erden
Drs. 19/4892, 19/6077 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Isar II sicherstellen
Drs. 19/4893, 19/6078 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Andreas Schalk u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Der Staat als Kunde – Vergabeverfahren Startup-freundlicher gestalten
Drs. 19/4971, 19/6084 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schmid, Elena Roon, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Sonderurlaub bei Todesfall
Drs. 19/4983, 19/6063 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ohne	<input type="checkbox"/>

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

13. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Ekel-Food kennzeichnen – Schockbilder auf Lebensmittel mit Insektenanteil anbringen!
Drs. 19/4985, 19/6087 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren I:
Illegaler Abfallentsorgung von Windenergieanlagen entschieden bekämpfen
Drs. 19/4993, 19/6088 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD)
Windkraftausbau nicht auf Kosten der Umwelt forcieren II:
Moratorium für bestehende Windkraftprojekte auf den Weg bringen
Drs. 19/4994, 19/6089 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

16. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Alfred Grob, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Polizeikosten bei Sport- und Kulturveranstaltungen
Drs. 19/4997, 19/6162 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Nein zum Preisschock auf Sprit und Heizen: CO₂-Abgabe abschaffen!
Drs. 19/5004, 19/6090 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD
Sprachstandstests korrekt umsetzen und Lehrkräfte angemessen entlohen
Drs. 19/5019, 19/6072 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer u.a. SPD
Kein Maulkorb für die Kirchen – die Stimme der Menschlichkeit kann gar nicht laut genug sein
Drs. 19/5021, 19/6073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Birzele u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Digitale Ausgabe von Parkausweisen für Handwerkerinnen und Handwerker, Handelsvertretungen und Soziale Dienste ermöglichen
Drs. 19/5087, 19/6098 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Gebührenbescheide an Drittligisten –
Stadionallianzen ausbauen und Polizeikosten reduzieren
Drs. 19/5088, 19/6163 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Zwischenergebnisse der Pilotprojekte
zum Gebäudetyp E
Drs. 19/5092, 19/6099 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Ute Eiling-Hüting, Tanja Schorer-Dremel, Alfred Grob u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anreize für den Lehrberuf erhöhen –
Einstellungs- und Versetzungsverfahren optimieren
Drs. 19/5105, 19/6074 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Helmut Schnotz, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modernisierung des Förderwesens durch Einführung einer volldigitalen Förderplattform
Drs. 19/5124, 19/6079 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Biss in die Zukunft: Kostenloses Obst und Gemüse für alle Kinder in Bayern!
Drs. 19/5131, 19/6059 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Mehr Bundesmittel für die Eingliederungshilfe
Drs. 19/5133, 19/6064 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Elena Roon, Franz Schmid u.a. und Fraktion (AfD)
Konzeption und Implementierung eines digitalen Finder-Systems für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung
Drs. 19/5169, 19/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Martin Wagle, Robert Brannekämper u.a. CSU
Neue Perspektiven zur Gewinnung von Spitzenforschern in zukunftsträchtigen Bereichen für den Wissenschaftsstandort Bayern stärken! Möglichkeiten nach dem Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten nutzen.
Drs. 19/5180, 19/6061 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)
Erkundung und Bewertung von Wasserstoffvorkommen in den Bayerischen Alpen
Drs. 19/5186, 19/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für eine Neuausrichtung von Provenienzforschung und Restitution in Bayern
Drs. 19/5187, 19/6060 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Koalitionsvertrag einhalten: Grundstückskäufe für die 3. Startbahn am Flughafen München sofort einstellen!
Drs. 19/5204, 19/6086 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Auswirkungen der CO₂-Abgabe auf die bayerische Wirtschaft eruieren und tragfähige Konzepte zum Schutz heimischer Unternehmen entwickeln
Drs. 19/5206, 19/6081 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
--------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------	-------------------------------------

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Solarstrom in Bayern effektiv nutzen und Abriegelungen reduzieren – Netzengpässe beheben und weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglichen
Drs. 19/5208, 19/6082 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
------------	-------------------------	------------	------------	------------

<input checked="" type="checkbox"/>				
-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

34. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU Süßkartoffeln nicht als Genussmittel betrachten, Steuersatz anpassen!
Drs. 19/5392, 19/6085 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

35. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VII – Zügige und unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse
Drs. 19/5475, 19/6066 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas VIII – Fachkräfte gewinnen
Drs. 19/5476, 19/6067 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas IX – Stärkung der Ausbildung
Drs. 19/5477, 19/6068 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Ruth Waldmann u.a. SPD
Für Bayerns Kitas X – Unterschiede in den regionalen Herausforderungen in den bayerischen Kitas herausarbeiten
Drs. 19/5478, 19/6069 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner,
Martin Wagle, Konrad Baur u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
ALKIS-Freischaltung der Eigentümerdaten
Drs. 19/5678, 19/6100 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------------------------------

40. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber,
Bernhard Seidenath, Carolina Trautner u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Roswitha Toso u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterstützung für Menschen mit Behinderung: Runder Tisch und weitere
Verbesserungen für Eltern und Betroffene bei der Einrichtungssuche
Drs. 19/5752, 19/6070 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	-------------------------------------	--------------------------	--------------------------



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4892, 19/6077

Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Oskar Lipp

Abg. Dr. Stefan Ebner

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Markus Saller

Abg. Florian von Brunn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier und Fraktion (AfD)

Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden (Drs. 19/4892)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Abgeordnete Lipp für die AfD-Fraktion.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bayerns Wirtschaft steht vor einer existenziellen Gefahr, und sie kommt aus China. Wir importieren aktuell 95 % unserer Seltenen Erden – unverzichtbar für Automobilbau, Elektronik, Medizintechnik, erneuerbare Energien – aus China. Ein Lieferstopp, wie bereits vor wenigen Wochen im April durch Chinas Exportbeschränkungen im Handelskrieg mit den USA angedeutet, könnte unser Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 4 % einbrechen lassen. Das wäre eine Krise wie in der Corona-Zeit. 1,3 Millionen Arbeitsplätze und 161 Milliarden Euro Wertschöpfung sind bedroht. Im Februar hat unsere Fraktion bereits vorausschauend mit dem Antrag auf Drucksache 19/4892 gewarnt. Wir müssen handeln. Doch unser Vorschlag wurde von den anderen Parteien natürlich abgelehnt, wie jeder Antrag, der von der AfD kommt.

Jetzt bestätigen Medien wie das "Handelsblatt" oder auch die "Frankfurter Allgemeine Zeitung": Unsere Abhängigkeit von China ist eine ernst zu nehmende Gefahr. Haben wir denn aus den Lieferkettenproblemen während der Corona-Zeit nichts gelernt?

Unsere Strategie dagegen ist klar und basiert auf drei Säulen:

Erstens. Diversifizierung der Importe. Wir benötigen Rohstoffpartnerschaften mit Ländern wie den USA, Australien oder Kanada, statt einseitig auf die Abhängigkeit von China zu vertrauen.

Zweitens. Förderung des heimischen Abbaus. Wie eine Schriftliche Anfrage unserer Fraktion ergeben hat, hat Bayern Lagerstätten für circa 444 Tonnen leichte und 62 Tonnen schwere Seltene Erden pro Jahr. Diese müssen wir auch nutzen.

Drittens. Ausbau des Recyclings. Das sogenannte Urban Mining könnte 40.000 Tonnen Neodym aus alten Handys, die oftmals in der Schublade liegen, liefern.

Unsere Maßnahmen sind aber auch konkret: So wollen wir einen "Bayerischen Rohstofffonds" mit 200 Millionen Euro über die BayernLB gründen, um den Abbau und das Recycling zu fördern, natürlich in Kooperation mit dem bereits bestehenden KfW-Rohstofffonds.

Auch sind Steuererleichterungen notwendig. Die Grund- und Gewerbesteuer für Lagerhallen für Seltene Erden muss auf null Prozent gesenkt werden, natürlich mit einem Ausgleich für die betroffenen Kommunen.

Es muss eine schnellere Genehmigung erfolgen, das heißt maximal 15 Monate beim Recycling und 27 Monate beim Bergbau.

Weiterhin muss die Forschung gestärkt werden. Das bedeutet mehr Förderung für Recycling-Innovationen wie zum Beispiel sogenanntes Bio-Mining.

Auch muss endlich die Bürokratie abgeschafft werden. Wir sprechen hier oft vom Bürokratieabbau, aber lassen Sie Ihren Worten auch einmal Taten folgen in Berlin und in der EU, und schaffen Sie zum Beispiel das Lieferkettengesetz ab. Da sind Sie sich in der Koalition aber nicht ganz einig.

Die Kosten müssen ebenfalls gesenkt werden. Es wäre zum Beispiel überlegenswert, dass bei der Raffination und dem Recycling von Seltenen Erden die CO₂-Abgabe

ausgesetzt wird und den grünen Vorgaben wie dem Umstieg auf Wasserstoff Einhalt geboten wird.

Die CSU hat im Ausschuss unseren Antrag kritisiert und behauptet, der European Critical Raw Materials Act reiche aus; das ist aber falsch. Die EU-Ziele allein schützen Bayerns Industrie nicht. Sie haben auch behauptet, die BayernLB habe keine Expertise für einen Fonds. Das ist ebenso falsch. Man kann nämlich Kooperationen wie mit der KfW anstreben, um sich diese Expertise ins Boot zu holen.

Meine Damen und Herren, noch ein Schlusswort: Chinas Exportstopp, der bereits in vollem Gange ist, sollte uns ein Weckruf sein. Die Kartellparteien haben im Ausschuss bereits unseren Antrag leichtfertig abgelehnt. Hoffentlich sehen wir demnächst nicht die Folgen, wenn wir von den Rohstoffen abgeschnitten werden. Wichtig für unsere Industrie ist, dass wir eine wirtschaftliche Souveränität haben. Das heißt, prüfen Sie unseren Antrag erneut und handeln Sie für Bayerns Industrie, für Bayerns Arbeitsplätze und für Bayerns Zukunft!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Stefan Ebner für die CSU-Fraktion.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Die AfD fordert in ihrem Antrag eine strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft mit dem Fokus auf kostengünstige Seltene Erden. Ich möchte Ihnen das hier zeigen: Der Antrag hat fünf Seiten. Ich muss sagen, Respekt, dahinter steckt richtig Arbeit. Da musste ChatGPT richtig ackern.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich sage es mal so: Hätten Sie ChatGPT darüber laufen lassen, dann wäre der Antrag vermutlich ein bisschen besser geworden. Sie stellen nämlich hier bei genauerem

Hinsehen ein Sammelsurium an Forderungen zusammen, die weder realistisch noch zielführend sind.

Lassen Sie uns vorab kurz darauf schauen, wo wir in Bayern beim Thema Seltene Erden überhaupt stehen: Der Freistaat Bayern verfolgt beim Thema Seltene Erden eine umfassende Strategie zur Sicherung und Versorgung mit diesen Rohstoffen. Dafür ist entscheidend, dass es zwischen 2011 und 2018 über mehrere Projekte hinweg eine Erforschung gab, um zu prüfen, welche Vorkommen es in Bayern im Bereich Seltene Erden gibt. Das hat das Landesamt für Umwelt durchgeführt. Diese Untersuchungen zeigen sehr deutlich, dass die Vorkommen von Seltenen Erden in Bayern nicht im Ansatz reichen, um den Bedarf zu decken.

Das ist deswegen relevant, weil Seltene Erden für die bayerische Wirtschaft wirklich essenziell und von zentraler Bedeutung sind. Sie sind gerade in der bayerischen High-techindustrie wichtig, insbesondere in den Bereichen Elektromobilität, erneuerbare Energien, Elektronik etc. Es ist also eine Gefahr, wenn die Abhängigkeit von Importen, insbesondere aus China, zu groß ist.

Jetzt stellt sich die Frage: Welche Strategien hat Bayern denn? – Lieber Herr Kollege von der AfD, Sie tun ja so, als würden Sie das gerade alles neu erfinden. Dem ist nicht so, sondern Bayern hat hier eine sehr durchdachte, sehr logische, zielführende Strategie. Ich will sie ganz kurz skizzieren.

Erstens. Die Strategie enthält Maßnahmen zur Diversifizierung von Lieferketten. Bayern unterstützt das, um die Abhängigkeit von einzelnen Lieferketten zu reduzieren und alternative Bezugsquellen zu erschließen.

Der zweite Punkt ist das Thema Recycling, also die Förderung von Recycling-Technologien. Die Wiederverwertung von Seltenen Erden aus Elektronikschrott etc. ist ein wichtiger Ansatz zur Generierung von Seltenen Erden. Allerdings gehört zur Wahrheit auch dazu, dass der Recyclinganteil derzeit noch sehr, sehr gering ist. Das ist auf die

Komplexität dieser Verfahren und auch auf die Kosten dieser Verfahren zurückzuführen. Da ist bei der technologischen Lösung also noch viel Luft nach oben.

Der dritte Punkt der bayerischen Strategie ist die Förderung von Forschung und Entwicklung in dem Bereich. Es geht um die Forschung zur effizienten Nutzung und zur Substitution, also um den Ersatz von Seltenen Erden. Das soll die Versorgung langfristig stabilisieren.

Ich bin ein bisschen überrascht über Ihren Antrag, weil ein ehemaliger Kollege von Ihnen in der letzten Legislaturperiode bereits eine Anfrage an die Bayerische Staatsregierung zu dem Vorkommen von Seltenen Erden hier in Bayern und zum Umgang damit gestellt hat. In der Antwort wurde sehr klar und deutlich erklärt, dass die lokalen Vorkommen eben viel zu klein sind, um von anderen Staaten, zum Beispiel von China, autark zu werden. Durch diese Anfrage müsste sich eigentlich einiges geklärt haben, vor allem dass ein europäischer Ansatz das Wichtigste und der richtige Weg ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf ein paar Aspekte dieses AfD-Antrags konkret eingehen: Die AfD fordert in dem Antrag, dass im Rahmen des sogenannten European Critical Raw Materials Act für Seltene Erden Local-Content-Bedingungen eingeführt werden. Was heißt das jetzt übersetzt? – Es gibt für Unternehmen, die Seltene Erden abbauen, in den jeweiligen Ländern Vorschriften. Diese Vorschriften verpflichten die Unternehmen, dass sie einen bestimmten Teil der Wertschöpfung vor Ort leisten. – Das macht keinen Sinn, weil die EU längst handelt. Dieser Critical Raw Materials Act wurde 2024 beschlossen und setzt sich sehr ehrgeizige Ziele. Das Entscheidende ist, dass das alles sich auf der Ebene der EU abspielt. Es ist das Spezifikum des Themas Seltene Erden, dass diese in der EU nicht gleich verteilt sind, sondern in bestimmten Regionen schwerpunktmäßig stärker, nicht oder weniger stark vorkommen. Deswegen ist hier eine europäische Lösung der Weg. Local-Content-Bedingungen für Deutschland oder speziell sogar für Bayern haben also einfach keinen Sinn.

Die AfD will über die BayernLB einen "Bayerischen Rohstofffonds" in Höhe von 200 Millionen Euro auflegen. – Das hat auch keinen Sinn, weil man hier die wirtschaftlichen Faktoren ignoriert. Die Idee, dass die BayernLB einen Rohstofffonds auflegt, mag zwar gut klingen, sie funktioniert aber nicht. Die BayernLB ist eine Geschäftsbank, und Rohstoffinvestitionen gehören nicht zu den Kernkompetenzen der Bank. Lieber Herr Lipp, Sie haben das gerade anders dargestellt. Das ist so. Recherchieren Sie das, führen Sie Gespräche. Das ist nicht die Kernkompetenz dieser Bank. Aktuell gibt es auch kein Interesse seitens der Industrie, so einen Rohstofffonds aufzulegen. Ohne Industrie wird es keinen Fonds geben.

Ein weiterer Punkt ist, dass sich die AfD in diesem Antrag für die Abschaffung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes einsetzt. – Das ist nicht neu. Es gibt eine Bundesratsinitiative aus dem Jahr 2024, in der sich Bayern gegen dieses Gesetz ausgesprochen hat. Der Bundesrat hat diesen Antrag damals nicht unterstützt. Ihnen ist aber auch bekannt, dass der neue Bundeskanzler das Thema erst diese Woche in Brüssel sehr prominent platziert hat. Wir als Freistaat Bayern erwarten auch, dass die EU-Lieferkettenrichtlinie mindestens zugunsten der KMU angepasst und im besten Fall abgeschafft wird. Bayern ist hier also bereits maximal aktiv.

Sie fordern in Ihrem Antrag eine Grunderwerbsteuer von null Prozent. – Das missachtet geltendes Recht. Es hat deswegen auch keinen Sinn, diese Forderung aufzustellen. Das ist in einem Bundesstaat schlichtweg nicht möglich. Das wissen Sie vielleicht, wenn nicht, dann wissen Sie es jetzt. Es darf nur ein einheitlicher Steuersatz gelten. Ich frage Sie auch: Wollen Sie für den Freistaat tatsächlich auf 1,7 Milliarden Euro pro Jahr verzichten?

Nächster Aspekt Ihres Antrags: Sie wollen Rohstoffpartnerschaften mit zahlreichen Staaten eingehen, von Kanada über Russland bis Burma. – Auch das hat keinen Sinn, weil das auf Bundes- und auf europäischer Ebene längst gemacht wird; das gilt im Übrigen auch für sämtliche anderen außenwirtschaftlichen oder außenpolitischen Themen. Es gibt bereits Rohstoffpartnerschaften des Bundes mit der Mongolei,

mit Kasachstan, mit Peru, mit Chile. Auf europäischer Ebene gibt es sie im Hinblick auf Seltene Erden mit Schweden, mit Kanada, mit Polen, mit Grönland etc. Bayern flankiert also das, was auf europäischer und auf Bundesebene passiert.

Sie wollen in einem weiteren Aspekt Ihres Antrags die Inbetriebnahme von Lagerhallen für Seltene Erden fördern. – Das hat keinen Sinn, weil das die Aufgabe der Unternehmer wäre. Sie hatten vorhin einem Kollegen hier im Plenum Marxismus und Sozialismus vorgeworfen. Lagerbestände für Seltene Erden – das klingt ein bisschen danach. Rohstoffversorgung ist Aufgabe der Unternehmen. Diese Aufgabe kann vom Staat höchstens unterstützt oder gefördert werden, aber es ist keine zentrale Aufgabe des Staates, den Unternehmen die Rohstoffversorgung abzunehmen. Das ist im Übrigen auch Bestandteil des Rohstoffreports Bayern 2025, in dem die Unternehmen selber sagen, dass sie das nicht wollen.

Meine Damen und Herren, das Problem liegt hier nicht im Ziel. Seltene Erden sind für unsere bayerische Wirtschaft essenziell. Das Problem ist der Weg dorthin. Der Antrag der AfD ignoriert die Realität. Er ignoriert sie politisch, wirtschaftlich und rechtlich. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Lipp, AfD.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Kollege Dr. Ebner, ich hätte da eine Frage. Sie haben gerade gesagt, dass sich der Bundeskanzler, Herr Merz, dafür einsetzt, das Lieferkettengesetz abzuschaffen. Widerspruch kommt aber sowohl von Ihrem Regierungspartner auf Bundesebene, von der SPD, als auch von der EU-Kommission. Ich glaube also, daraus wird nichts. Warum sagen Sie hier nach wie vor, dass Sie das Lieferkettengesetz abschaffen wollen, obwohl Sie gar keine Mehrheit dafür haben?

Dann konkret zum Thema Seltene Erden: Die Union war auf Bundesebene bereits viele Jahrzehnte in der Regierung. Sie haben bis 2022 oft zu Recht kritisiert, dass wir zu viel Gas aus Russland importieren. Das waren circa 40 %. Bei Seltenen Erden – das sind Metalle, die unsere Industrie wirklich braucht, sonst stehen da die Fließbänder still usw. usf. – haben Sie nichts gemacht. Oder haben Sie was gemacht? Wenn ja, dann würde mich interessieren, was Sie in den letzten Jahrzehnten genau gemacht haben, um diese Abhängigkeit einzudämmen. Ich glaube, jetzt zu handeln ist schwierig bzw. eventuell schon zu spät.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Ebner, bitte.

Dr. Stefan Ebner (CSU): Dass gerade Sie als erkennbarer Putin-Freund die Abhängigkeit hier ins Feld führen,

(Zurufe von der AfD: Oje!)

ist zumindest zum Schmunzeln.

(Johann Müller (AfD): Immer dieselbe Leier!)

Ich habe es gerade ausgeführt: Es gibt auf Bundesebene und auf Europaebene zahlreiche Rohstoffpartnerschaften, um eine einseitige Abhängigkeit zu verhindern. Wir als Bayern unterstützen das. Ich glaube, das ist in meinem Redebeitrag sehr, sehr deutlich geworden.

Das Zweite: Das Lieferkettengesetz kann in dieser Form nicht kommen. Das ist durchweg die Position unserer Partei gewesen. Es ist einfach Teil des demokratischen Prozesses, dass man sich in einer Koalition einigt. Ich habe keine Zweifel, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Das wird – seien Sie dessen sicher – in naher Zukunft auch geschehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Ebner.

– Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Der hier vorliegende Antrag zur strategischen Rohstoffversorgung zeigt einmal mehr deutlich, welche fatalen Folgen die Wirtschaftspolitik der AfD für die bayerische Wirtschaft hätte. Entgegen jeder wissenschaftlichen Einschätzung fordern Sie in dem Antrag, einen Fokus auf den Abbau von Seltenen Erden zu legen, wobei schon längst klar ist, dass die Vorkommen in Bayern überhaupt nicht, in keiner Weise ausreichend wären. Das hat Herr Kollege Ebner vorhin schon deutlich ausgeführt.

Es gibt eine Studie zur Rohstoffsicherheit aus dem Dezember, die ganz klar auch der bayerischen Wirtschaft Handlungsempfehlungen gibt. Eine dieser Empfehlungen lautet, dass wir für Stabilität in den Herkunftsländern sorgen müssen. Das geschieht einerseits durch Entwicklungszusammenarbeit, für die die Gelder ja leider gerade infrage stehen. Aber auch die Rohstoffpartnerschaften der Bundesregierung, die es schon gibt, mit Ländern wie Kasachstan, der Mongolei, Peru und anderen, sind ganz klarer Teil der Rohstoffstrategie.

Außerdem empfiehlt die Studie vor allem die Ausweitung der Sekundärrohstoffwirtschaft, um die Abhängigkeit von ausländischen Angeboten im Primärrohstoffbereich zu reduzieren. Das schaffen wir nur mit einer konsequenten Kreislaufwirtschaft. Das bezieht sich vor allen Dingen auf die Rohstoffe, bei denen aufgrund der Wirtschaftlichkeit noch keine privaten Recycling-Kreisläufe entstehen konnten. Hier muss der Freistaat als Vorbild dienen und die Nutzung von Sekundärmaterial bei eigenen Vorhaben auf jeden Fall priorisieren und unterstützen.

Regulierungen und Zulassungsverfahren müssen überprüft werden, damit Sekundärmaterialien eben nicht benachteiligt werden. Produktentwicklung, Materialeffizienz,

Recycling und Substitution können die Abhängigkeit von Primärrohstoffen verringern und stattdessen eben den Rückgriff auf Sekundärrohstoffe ermöglichen.

Das ist keine blanke Theorie, sondern in den Unternehmen wird vielfach schon ganz viel in dem Bereich gearbeitet. Da ist man oft weiter als in der Politik. In meinem Stimmkreis zum Beispiel, in Fürth, gibt es ein Unternehmen, das ein Verfahren entwickelt hat, um aus Kunststoffabfällen diesen ursprünglichen Rohstoff Naphtha zu entwickeln; und zwar in einer Qualität, mit der aus den Folgeprodukten wieder Neuwaren-Qualität entstehen kann, in einem endlosen Kreislauf. Das sind die Dinge, die wir unterstützen und voranbringen müssen. Das macht uns unabhängiger, von fossilen Rohstoffen zum Beispiel.

Es gibt Unternehmen, die aus Alttextilien neue Fasern für Kleidung gewinnen, Kunststoffe auf Zuckerrohrbasis entwickeln, ausrangierte Solarmodule zurück in den Kreislauf bringen, Bauschutt wieder in Baumaterialien verwandeln usw. Es gibt viele Innovationen, viele Ideen, viele Gedanken. Die Betriebe überlegen ganz viel in der Richtung und investieren auch, aber wir als Freistaat sind natürlich gefordert, Forschung, Gründung und Weiterentwicklung vor allen Dingen in der entscheidenden Wachstumsphase zu unterstützen.

Der Antrag fordert unter anderem einen "Bayerischen Rohstofffonds". Dabei gibt es bereits seit Oktober 2024 einen deutschen Rohstofffonds, den unser damaliger Wirtschaftsminister Habeck aufgelegt hat. Das ist ein wichtiger Baustein für eine resiliente und innovative Volkswirtschaft. Auf Landesebene einen weiteren Fonds zu gründen, was mit der BayernLB ja gar nicht geht, aber auch in anderer Form, halten wir nicht für zielführend, sondern wir sollten alle den Fokus auf die von mir genannten Dinge legen und Partnerschaften natürlich vorzugsweise mit demokratischen Ländern vertiefen, Kreislaufwirtschaft und effizientes Produktdesign nach vorne bringen, um unsere Abhängigkeiten zu verringern.

Der AfD-Antrag will Maßnahmen zum Umweltschutz und zum Beschäftigungsschutz sowieso aushebeln – mal davon abgesehen, dass er unsinnig ist. Der AfD sind Fakten, Realitäten und Zahlen ohnehin weitestgehend egal. Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Lipp, AfD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Lipp.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzte Kollegin Frau Fuchs, da Sie von Zahlen und Fakten gesprochen haben, mal ein kurzer Hinweis: In Photovoltaik-Anlagen zum Beispiel sind Gallium, Germanium und Indium enthalten. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie viel Prozent aus China kommen. – Es sind knapp 100 %. Lithium beispielsweise kommt auch zu 98 % aus China. Bei Kobalt und Nickel sind es circa 70 %.

Wie wollen Sie Ihre Energiewende weiterhin begründen, wenn wir hier so eine massive Abhängigkeit haben, wenn sich die Handelskonflikte zuspitzen oder nicht entspannen? Was sagen Sie zu den kritischen Stimmen auch aus der Wirtschaft, die Angst haben, dass Bänder stillstehen? Das können Sie auch gerne nachlesen. Nicht dass es wieder heißt, dass das Fake News sind. Wie stehen Sie dazu?

Barbara Fuchs (GRÜNE): Natürlich haben wir derzeit eine starke Abhängigkeit von anderen Ländern, unter anderem vorrangig von China, das ist schon richtig. Aber das lässt sich nicht ändern, indem wir Vorkommen von Seltenen Erden in Bayern erfinden, die es einfach nicht gibt. Das heißt, wir müssen andere Wege finden, um den Verbrauch zu reduzieren, Stück für Stück immer mehr in geschlossene Kreisläufe gehen. Es gibt mittlerweile auch Ideen, wie man Solarpanele wiederverwendet bzw. refurbished – wie das heißt –, und andere Ideen. Wir müssen einfach nach vorne gehen, diese Themen weiter gemeinsam entwickeln und dürfen nicht ignorieren, dass wir in Bayern diese Vorkommen einfach nicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Fuchs. – Nächster Redner ist Herr Kollege Markus Saller für die FREIEN WÄHLER.

Markus Saller (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vertreter der Staatsregierung, lieber Staatssekretär Tobi Gotthardt!

(Zurufe: Oh!)

– Wenn er schon als Einziger da ist, darf man ihn auch mal erwähnen, oder?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir debattieren heute über einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel "Strategische Rohstoffversorgung für Bayerns Wirtschaft: Zukunftssicherung mit günstigen Seltenen Erden". Das ist ein Thema, das durchaus Relevanz hat, das ist keine Frage. Doch Inhalt und Umsetzungsvorschläge dieses Antrags überzeugen nicht, meine Damen und Herren. Die Vorschläge sind überambitioniert, teilweise realitätsfremd und insgesamt nicht geeignet, den Herausforderungen der Rohstoffsicherung in Bayern sachgerecht zu begegnen.

Als Fraktion der FREIEN WÄHLER treten wir für eine starke, resiliente, wettbewerbsfähige bayerische Wirtschaft ein. Eine verlässliche Versorgung mit strategischen Rohstoffen wie Seltenen Erden ist dafür essenziell, gerade mit Blick auf Schlüsselindustrien wie Mobilität, Medizintechnik oder Energieerzeugung.

Doch die vorgeschlagenen Lösungen im Antrag greifen zu kurz und überfordern zugleich die Kompetenzen und die Kapazitäten des Freistaats Bayern:

Ein zentraler Punkt des Antrags betrifft die sogenannten Local-Content-Bedingungen im Rahmen der EU-Verordnung über kritische Rohstoffe. Diese Verordnung setzt be-

reits ehrgeizige Ziele für Förderung, Verarbeitung und Recycling von kritischen Rohstoffen in Europa. Das Ganze ist europaweit abgestimmt.

Zusätzliche nationale Vorgaben wären nicht nur wenig praktikabel, sondern im Ergebnis auch kontraproduktiv; denn die Rohstoffe sind in Europa ohnehin extrem ungleich verteilt. Ein deutscher oder gar bayerischer Alleingang würde zu Wettbewerbsverzerrungen führen, ohne tatsächliche Versorgungssicherheit zu schaffen.

Besonders kritisch sehen wir den Vorschlag, einen eigenständigen "Bayerischen Rohstofffonds" mit 200 Millionen Euro einzurichten. Es gibt aktuell keine relevanten Aktivitäten der Industrie in diesem Bereich, die ein solches Instrument rechtfertigen würden. Zugleich wird auf Bundesebene bereits mit großem Mitteleinsatz ein nationaler Rohstofffonds entwickelt. Ein bayerischer Parallelfonds wäre nicht nur ineffizient, sondern auch haushaltspolitisch unverantwortlich, vor allem in der derzeitigen Lage.

Kommen wir nun zu einem Punkt, der auch aus unserer Sicht durchaus kritisch zu sehen ist, dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sowie der geplanten EU-Richtlinie über die unternehmerische Sorgfaltspflicht zur Nachhaltigkeit. Wir kennen die damit einhergehenden Berichtspflichten. Man mag die grundlegende Intention dieser Regelwerke teilen, nämlich natürlich der weltweite Schutz von Menschenrechten und von Umweltstandards, aber die konkrete Ausgestaltung der Vorschriften ist in ihrer jetzigen Form schlicht nicht praxistauglich. Sie überfordern insbesondere kleine und mittlere Unternehmen mit umfangreichen Bürokratiepflichten, schaffen erhebliche Rechtsunsicherheiten und drohen gerade bei kritischen Rohstoffen wie Seltenen Erden die Versorgungslage weiter zu verschärfen.

Bayern hat sich bereits im vergangenen Jahr – der Kollege Ebner hat es schon erwähnt – im Bundesrat für eine Aussetzung des nationalen Gesetzes starkgemacht, leider ohne Erfolg. Es ist gut, dass im neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene nun endlich die dringend notwendige Korrektur angekündigt wird. Ob sich das dann durchsetzt, werden wir sehen. Wir werden sehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln.

Andere Maßnahmen des Antrags wie etwa die staatlich finanzierte Lagerhaltung von Seltenen Erden oder die generelle Befreiung von CO₂-Abgaben für die Raffination und die Wiederaufbereitung sind weder wirtschaftlich sinnvoll noch ordnungspolitisch vertretbar. Die Versorgung mit Rohstoffen ist in erster Linie Aufgabe der Unternehmen, nicht des Staates. Der Staat kann flankieren, aber nicht übernehmen. Eine staatliche Rohstoffbevorratung mag auf dem Papier zwar Sicherheit suggerieren. In der Praxis aber fehlen dafür die rechtlichen Grundlagen, die logistischen Kapazitäten und vor allem die Nachfrage aus der Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Versorgungssicherheit mit strategischen Rohstoffen ist eine Herausforderung, die wir nur im europäischen und im internationalen Verbund bewältigen können. Dazu gehört eine kluge Industriepolitik, die gezielt unterstützt, aber nicht zentralistisch vorgibt. Außerdem braucht es ein feines Gleichgewicht zwischen ökonomischer Vernunft einerseits und ökologischer Verantwortung und globaler Fairness andererseits.

Der Antrag der AfD verfehlt dieses Gleichgewicht. Er ist ein Sammelsurium aus realitätsfernen Einzelmaßnahmen, dirigistischen Eingriffen und populistischen Symbolfordерungen. Damit ist der Antrag nicht nur ungeeignet, sondern auch gefährlich für eine seriöse Wirtschaftspolitik im Freistaat. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Saller. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Staatssekretär als einziger Vertreter der Staatsregierung! Was soll man zu diesem Antrag sagen? Ich habe, wenn ich den Antrag lese, ein bisschen das Gefühl, als ob sich der dreijährige Sohn die Arbeitsschuhe seines Vaters angezogen hat und sagt, er geht jetzt für ihn zur Arbeit. Das ist so ein, wie es gerade

gesagt worden ist, Sammelsurium an komischen Vorschlägen, wo nicht einmal darauf geachtet worden ist, für was die Europäische Union zuständig ist, für was der Bund zuständig ist und was der Freistaat Bayern regeln kann.

Außerdem verwundert mich an der ganzen Geschichte: Die AfD lehnt auf der einen Seite so viele der Technologien ab, die Seltene Erden benötigen. Sie lehnen die E-Mobilität und die Energiewende ab. Auf der anderen Seite machen Sie sich dann hier dramatisch große Gedanken über unsere Abhängigkeit von China, die es natürlich gibt. Bloß taugen Ihre Vorschläge nicht, um das Problem zu lösen, wenn ich mir anschau, was Sie teilweise vorschlagen.

Zur Grunderwerbsteuer ist schon etwas gesagt worden. Da sind Ihre Vorschläge schlichtweg rechtswidrig und auch nicht praktikabel. Ich weiß auch gar nicht, wie man sich das vorstellen soll. Die eine Firma bekommt dann Steuern gesenkt, die andere aber nicht. Da erkennt jeder, dass so etwas nicht praktikabel ist.

Das gilt auch für den nächsten Vorschlag, sich auf Bundesebene für eine Befreiung der Raffination von Seltenen Erden von der CO₂-Abgabe usw. starkzumachen. Die Regelungen, die Sie vorschlagen, geben vor, der Wirtschaft das Leben einfacher zu machen, sind aber jede für sich bürokratiesteigernd und bürokratieverschärfend.

Ich glaube, dass der Ansatz, den wir in Bayern und in der Bundesregierung fahren, allgemein unnötige Bürokratie für die Wirtschaft herunterzufahren, viel vernünftiger ist als diese vielerlei Sonderregelungen, die Sie hier schaffen wollen.

Wir sind als SPD im Übrigen gegen eine Abschaffung des Lieferkettengesetzes auf europäischer Ebene, weil es uns wichtig ist, dass man bestimmte soziale und Menschenrechtsstandards einhält. Wir wollen keine Produkte aus Kinderarbeit. Deswegen brauchen wir in vernünftigem Umfang eine Kontrolle von Lieferketten. Wir haben uns jetzt auf Bundesebene darauf geeinigt, das Gesetz zu ersetzen. Aber wir können jetzt nicht Tabula rasa machen. Das ist zumindest meine Überzeugung und die Überzeugung meiner Partei in diesem Punkt.

Ansonsten finde ich den Vorschlag der GRÜNEN – Barbara Fuchs hat es gerade gesagt –, mehr auf Recycling zu setzen, sehr vernünftig. Wir werden viele Rohstoffe vor allem aus der Kreislaufwirtschaft wieder zurückgewinnen. Aber – das kommt in dem Antrag gar nicht vor – es gibt auch viele Erfolg versprechende Initiativen, neue Technologien zu entwickeln, zum Beispiel Feststoffbatterien, bei denen wir problematische Rohstoffe dann gar nicht mehr brauchen. Das müssen wir fördern.

Ansonsten außerhalb der Sache noch der Vorschlag, dass wir nicht nur immer über den Ministerpräsidenten reden sollen, der die rote Laterne hat, was die Anwesenheit im Landtag angeht. Aber ich glaube, der Staatssekretär Tobias Gotthardt ist derjenige, der am häufigsten hier ist. – Vielleicht sollten wir Sie mal als lobenswertes Beispiel auszeichnen.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Florian von Brunn. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.